

QUARTALSBERICHT

Projektland: Tschechische Republik

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

1. Tschechische Regierung arbeitete am Konzept wichtiger Reformen – ohne nennenswerten Erfolg
2. Tschechische Sozialdemokratische Partei wählte neue Parteiführung und strebt vorgezogene Parlamentswahlen an
3. Konflikte innerhalb der Regierungskoalition spitzten sich weiter zu und gefährdeten die Existenz des Kabinetts
4. Trotz politischer Turbulenzen war die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Projektland relativ gut

Tschechische Regierung arbeitete am Konzept wichtiger Reformen – ohne nennenswerten Erfolg

Alle drei Parteien der tschechischen Regierungskoalition waren sich am Anfang der Arbeit ihres Kabinetts einig, dass das Land grundsätzliche Veränderungen in den Bereichen Steuer- und Gesundheitswesen, Soziales und Staatsetat braucht und dass man sie so schnell und so effizient wie möglich umsetzen sollte. Im Berichtszeitraum zeigte es sich jedoch, dass eine einheitliche Meinung in grundsätzlichen Fragen zwar proklamiert wurde, bei der Realisierung jedoch sehr oft unterschiedliche Meinungen und Vorstellungen der Koalitionsparteien den ganzen Prozess erschweren und verzögern. Besonders deutlich trat dies bei der Vorbereitung einer umfangreichen Rentenreform zutage. Dieser Schritt ist objektiv gesehen unvermeidlich, da in absehbarer Zukunft immer mehr Rentner und immer weniger Bürger im Produktivalter im Land leben werden. Hinzu kommt, dass das Verfassungsgericht die Regierung dazu verpflichtet hat, bei der Rentenberechnung mehr als bisher zu berücksichtigen, wie viel Geld der

Versicherte von seinem Gehalt in den Rentenfonds eingezahlt hat. In einem Land, in dem das egalitäre Denken besonders stark ausgeprägt ist, löste der Entscheid des Verfassungsgerichts starke Proteste aus und ist willkommene Wahlmunition für linksgerichtete Parteien (Kommunisten und Sozialdemokraten) sowie für die Gewerkschaften. Unter diesen Umständen war die Aufgabe, ein reformiertes tragfähiges Rentensystem zu schaffen, für die Regierung umso schwieriger. Bei der Suche nach Mitteln, die zur Finanzierung der Renten benutzt werden könnten, begann man über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu sprechen. Bisher gab es in Tschechien zwei Steuersätze bei der MwSt.: 10 % bei Nahrungsmitteln, Heizung, Bauarbeiten, Arzneien u.a. und 20 % für alle anderen Waren und Dienstleistungen. Der Finanzminister Miroslav Kalousek und seine Experten schlugen vor, einen einheitlichen Steuersatz für alles einzuführen, was selbstverständlich die Einnahmen der Staatskasse spürbar erhöhen würde. Nach kritischen Stimmen, die von einigen Experten, links-gerichteten Parteien aber auch vom Präsidenten Klaus kamen und denen sich teilweise auch die Partei Öffentliche Angelegenheiten (VV) –eine der drei Koalitionsparteien- anschloss, wurde nach einer Debatte beschlossen, ab dem 1.1.2013 einen einheitlichen Steuersatz von 17,5 % einzuführen. Dies würde der Staatskasse etwa 26-27 Milliarden Kronen (umgerechnet etwa 1,1 Milliarden Euro) bringen. Berücksichtigt man das Problem des Kindergeldes und der automatischen Rentenerhöhung in den folgenden Jahren, werden die Einnahmen der Staatskasse etwas niedriger sein.

Ein anderes brennendes Problem war die Reform des tschechischen Gesundheitswesens. Für eine dramatische Entwicklung sorgten dabei etwa 3.700 Krankenhausärzte, die wegen dauerhafter Unzufriedenheit mit der Gehaltshöhe kündigten. Sie drohten damit, dass sie den Betrieb in den Krankenhäusern lahmlegen, wenn man ihre Gehälter nicht erhöht. Nach wochenlangem Tauziehen stimmte die Regierung einer Gehaltserhöhung zu, die zwar nicht so hoch war, wie von den Ärzten gefordert, aber trotzdem – insbesondere in Verbindung mit einigen Versprechungen hinsichtlich weiterer Gehaltserhöhungen in den nächsten Jahren - die Ausgaben des Staates weiter erhöhen. Als Ausgleich erwägt man die Erhöhung der Selbstbeteiligung der Patienten bei den Kosten für den Krankenhausaufenthalt und die Reduzierung der Krankenhausbetten. Obwohl es stimmt, dass im Vergleich zu den Nachbarländern verhältnismäßig mehr Krankbetten zur Verfügung stehen und wenn es auch gelingen sollte, eine annehmbare Erhöhung der Selbstbeteiligung der Patienten zu erreichen, wird die Opposition eine gute Gelegenheit haben, unter der Parole „mit Gesundheit des Menschen darf man keine Geschäfte machen“, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen.

Trotz aller Mühen wurden – nicht zuletzt auch infolge mangelnden Zusammenhalts der Regierungskoalition –also in den oben erwähnten Bereichen keine nennenswerten Erfolge erreicht.

Der Parteikongress der Sozialdemokraten – vorgezogene Parlamentswahlen als Hauptziel definiert

In den Tagen vom 18.-19. März 2011 fand der mit nicht unerheblicher Spannung erwartete Parteikongress der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) statt. Es ging darum, wer nach dem Rücktritt des ehemaligen ČSSD-Vorsitzenden Jiří Paroubek der neue Parteivorsitzende wird. Um das höchste Parteiamt bewarben sich zwei Kandidaten – der provisorische Parteivorsitzende Bohuslav Sobotka, MdP und der Vorsitzende der Assoziation der Regierungsbezirke Tschechiens, Michal Hašek, MdP. Nach einer Kampfabstimmung setzte sich Bohuslav Sobotka durch, der von den Delegierten des Parteikongresses 304 Stimmen erhielt, während für seinen Gegenkandidaten 285 Delegierte stimmten. Sobotka gilt als der radikalere Politiker. Daher hat es niemanden überrascht, dass Sobotka als das Hauptziel der sozialdemokratischen Politik in den nächsten Monaten den Kampf gegen die Regierungsreformen und die Herbeiführung von vorgezogenen Parlamentswahlen bezeichnete.

Dieses Ziel – so schlecht es auch für das Land sein mag – ist nicht ganz unrealistisch, wenn man bedenkt, dass die ČSSD vor allem mit den Gewerkschaften (sie drohen mit einem Generalstreik gegen die Reformen) einen wichtigen Verbündeten haben und die Regierungskoalition maßlos zerstritten ist.

Konflikte innerhalb der Regierungskoalition spitzten sich weiter zu und begannen die Existenz der Koalition als Ganzes zu gefährden

Der ganze Berichtszeitraum stand im Zeichen dynamisch wachsender Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition. Der Verteidigungsminister Alexandr Vondra veröffentlichte Informationen, denen zufolge in den vergangenen Jahren das Ministerium mehrere Aufträge zur Anschaffung von Waffen und Waffensystemen zu überhöhten Preisen vergeben hatte. In der Presse erschienen dann Informationen, dass der Finanzminister Miroslav Kalousek mit einigen Personen, die in der Rüstungsbranche tätig sind, persönlich befreundet ist. Eine Kontrolle des Finanzministeriums im Regierungsamt brachte Ungereimtheiten bei der Finanzierung von Konferenzen, Empfängen und anderen Maßnahmen während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2009 ans Licht. Absolut unangemessen teuer waren vor allem Dienstleistungen der Firma Promopro, die für Dolmetschertechnik und audio-visuelle Vermittlung dieser Konferenzen und Seminare allein zuständig war. Die Gewinne verschwanden dann irgendwo im Ausland – vor allem bei einigen österreichischen Banken oder einer Forstgesellschaft. Verantwortlich für die organisatorische Absicherung der EU-Ratspräsidentschaft war der ehemalige Minister für Europaangelegenheiten,

Alexandra Vondra, der zwar die entsprechenden Verträge weder ausgehandelt noch unterzeichnet hatte, aber von Miroslav Kalousek und seiner Partei TOP 09 zur Übernahme der politischen Verantwortung und zum sofortigen Rücktritt aufgefordert wurde. Damit noch nicht genug. Es zeigte sich, dass die Sicherheitsagentur ABL, deren Besitzer der faktische Leader der Partei Öffentliche Angelegenheiten (VV) Vít Bárta war, vor einigen Jahren Kommunalpolitiker der ODS observierte, um gegen sie kompromittierende Informationen zu gewinnen. Bárta hat dies zunächst bestritten, dann musste er zugeben, dass das der Wahrheit entspricht.

Es liegt auf der Hand, dass in einer solchen Atmosphäre gegenseitiger Anfeindungen und Verdächtigungen, der ganze Reformprozeß ins Stocken geriet. Obwohl die Regierungskoalition von ODS, TOP 09 und den VV im 200-köpfigen Parlament eine komfortable Mehrheit von 118 Stimmen hatte, begann sie ihre Chance zur Durchführung zwar unpopulärer aber unvermeidlicher und längst fälliger Reformen zu verspielen.

Trotz politischer Turbulenzen war die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Projektland relativ gut

Nach den Angaben des Tschechischen Statistikamtes lag Ende März die Arbeitslosenquote bei 9,2 %, die Zahl der Arbeitslosen betrug 547.000, das waren um 24.000 Personen also 0,4 % weniger als im Februar 2011. Die Wirtschaftswachstumsrate betrug 1,7 %, die Inflationsrate nähert sich einem Wert von 2 %. Der Wechselkurs von Euro zur tschechischen Krone lag bei 1 Euro – 24,435 Kronen. Die tschechische Währung wird immer stärker, was jedoch insbesondere für Unternehmen, die aus der Eurozone importieren, nicht gerade günstig ist. Die jüngsten Meinungsumfragen zeigten jedoch, dass 74 % Bürger gegen die eventuelle Euro-Einführung sind. Als das stärkste abschreckende Beispiel dient vor allem Griechenland mit seiner Schuldenkrise, die gemeinsam mit der Situation in Irland und Portugal eine Belastung für die ganze Eurozone darstellt.

Jindrich Mallota

Der Autor ist Projektleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Prag, Tschechien

IMPRESSUM

Erstellt: 18.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,

Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de